

Posener Zeitung.

Einundneunzigster Jahrgang.

Annoucen
Annahme-Bureaus.
In Posen außer in der
Expedition dieser Zeitung
(Wilhelmsstr. 17)
bei C. L. Ulrich & Co.
Breitestr. 20,
in Grätz bei J. Streissel,
in Meseritz bei Ph. Matthias,
in Wreschen bei J. Jädehoff.

Annoucen
Annahme-Bureaus.
In Berlin, Breslau,
Dresden, Frankfurt a. M.,
Hamburg, Leipzig, München,
Stettin, Stuttgart, Wien:
bei G. F. Daube & Co.,
Haasenstein & Vogler,
Adolph Mosse.
In Berlin, Dresden, Görlitz
beim Invalidendank.

Nr. 284.

Mittwoch, 23. April.

1884.

Amtliches.

Berlin, 22. April. Der König hat der von dem Provinzial-Landtag der Provinz Westpreußen vollzogenen Wiederwahl des Dr. Wehr zu Danzig zum Landes-Direktor der gebürtigen Provinz auf eine zwölfjährige Amts-dauer die Bestätigung ertheilt.

Der Privatdozent Dr. Hurwitz in Göttingen ist zum außerordentlichen Professor in der philosophischen Fakultät der königlichen Universität Königsberg i. Pr. ernannt worden.

Dem Thierarzt Müller zu Wongrowitz ist die von ihm bisher kommissarisch verwaltete Kreis-Thierarztselle des Kreises Wongrowitz definitiv verliehen worden.

Deutscher Reichstag.

15. Sitzung.

Berlin, 22. April. Am Tische des Bundesrates: v. Bötticher, Dr. v. Schelling, Lohmann.

Präsident v. Levetzow eröffnet die Sitzung 1½ Uhr.

Zu Ehren des verstorbenen Abg. Frhr. v. Schorlemer-Behr erheben sich die Mitglieder des Hauses von ihren Sitzen.

Ein Schreiben des Reichskanzlers theilt mit, daß das gerichtliche Verfahren gegen den Abg. Köhl (Würzburg) für die Dauer der Reichstagsession eingestellt worden ist.

Das Haus tritt in die zweite Berathung der Novelle zum Kassenfassengesetz ein.

Art. 1 und 2 werden ohne Diskussion angenommen.

Zu Art. 2a beantragen die Abg. Dr. Hirsch und Genossen, den § 4 als Absatz 4 folgenden Zusatz zu geben:

"Auf den Antrag der Kasse hat die höhere Verwaltungsbörde bei der Zulassung zugleich zu bestimmen, daß das Statut den Vorschriften des § 75 des Gesetzes, betreffend die Arbeiter-Krankenversicherung, genügt. Für diese Bescheinigung gelten die Vorschriften des Absatzes 2."

Abg. Dr. Hirsch bittet um Annahme dieses Antrages, welcher bei den Arbeitern Verhübung hervorrufen würde. Formell ist es vielleicht zweckhaft, ob dieser Zusatz hierhergehört oder nicht besser bei dem Krankenversicherungsgesetz eingearbeitet werden soll. Aber sachlich spricht Alles dafür, diese Bestimmung zur Sicherung der Arbeiter bei dieser Gelegenheit zu treffen.

Geh. Ober-Regierungsrath Lohmann bittet Namens der verbündeten Regierungen um Ablehnung des Antrages, der v. Hirsch sei. Die Bestimmungen der Vorlage seien genügend.

Abg. Dr. Hirsch: Es handelt sich bei diesem Antrag nicht nur um die Höhe der Unterstützungen, sondern auch die der Karentzeit, der fortlaufenden Unterstützungen etc. All diese Interessen werden durch Art. 2a in Frage gestellt, wenn nicht bestimmt wird, daß eine Erhöhung darüber jedesmal abzugeben ist, ob das Statut jenem § 75 entspricht. Will man wirklich das Krankenversicherungsgesetz durchführen, so muß man beschließen, daß in dieser praktischen Weise schon in nächster Zeit und nicht erst am 31. Dezember die Bestimmung über Gültigkeit der Statuten getroffen werde.

Art. 2a und der Zusatz des Abg. Dr. Hirsch wird hierauf (leichter mit geringer Minorität) angenommen.

Zu Art. 3 § 6 beantragt

Abg. Lohren folgenden Zusatz:

"Wegen Überschreitung der Altersgrenze, über welche hinaus nach Bestimmung des Statuts neue Mitglieder nicht aufgenommen werden, darf versicherungspflichtigen Personen, welche nachzuweisen, daß sie mindestens 20 Jahre der Kasse angehört haben, der Wiedereintritt nicht veragt werden."

Abg. Lohren: Ich habe diesen Antrag hier gestellt in der Hoffnung, daß er die Majorität des Hauses finden wird, nachdem er in der Kommission mit einer Majorität von nur einer Stimme abgelehnt worden ist. Ich hoffe dabei auch auf die Unterstützung der freisinnigen Partei rechnen zu können, die in ihren Blättern mich stets als ein Feind der freien Kasseninstanz. Das bin ich freilich keineswegs, aber ich will doch nicht verschweigen, daß diese Kasse auch noch in anderer Beziehung eine Tätigkeit entwenden, nicht nur Kranke unterstützen oder Tochte begnügen, sie schaffen auch Arbeiterkoalitionen, sie sind eine mancherlei Schöpfung. Mein Antrag geht dahin, daß durch Alter oder Gesundheitszustand die Wiederaufnahme eines ausgeschiedenen Mitgliedes nicht gehindert werden dürfe.

Abg. Lippe: Ich will dem Vorredner auf das Gebiet der Polemik gegen die freien Kassen nicht folgen. Den Antrag selbst halte ich für unausführbar und bitte um seine Ablehnung.

Artikel 3 wird angenommen, der Antrag des Abg. Lohren gegen die Stimmen der Konservativen abgelehnt.

Art. 4 wird angenommen.

Art. 4a. lautet:

Nach Maßgabe des Geschlechts, des Gesundheitszustandes, des Lebensalters, darf die Höhe der Beiträge verschieden bemessen werden."

Abg. Bebel und Genossen beantragen die Worte „oder des Beschäftigungsortes“ zu streichen.

Abg. Dr. Hirsch: Dieser Artikel soll die Möglichkeit gewähren, eine verschiedenartige Bemessung der Beiträge nicht nur nach Maßgabe des Geschlechts etc., sondern auch nach Maßgabe des Beschäftigungsortes eintreten lassen zu können, da gerade der Beschäftigungs-ort unter Umständen von der größten Bedeutung für die Gesundheitsverhältnisse der Kassenmitglieder sein kann.

Abg. Dr. Hirsch bittet um Annahme des Antrages Bebel, da sonst der Polizei ein Einnahmungsrecht eingeräumt wird.

Art. 4a. wird angenommen, der Antrag des Abg. Bebel mit großer Majorität abgelehnt.

Ohne Diskussion genehmigt das Haus die Art. 5-7.

Bei Art. 8 beantragen die Abg. Hirsch und Genossen, dem § 19a Biffer 2 (Befugnisse der Verwaltungsstellen) folgende Fassung zu geben:

Die Kassenbeiträge zu erheben, über Stundungsgefaue zu entscheiden, die Unterstützungen auszuzahlen, sowie die eingehenden Gelder bis zum Belaute einer durchschnittlichen Jahresausgabe zu verwahren und anzulegen.

Abg. Löwe (Berlin): Unser Antrag entspricht einem praktischen Bedürfnisse und es erscheint doch durchaus unbedenklich, die Befugnisse der örtlichen Verwaltungsstellen in der beantragten Richtung unter

Wahrung der Einheit der Kasse und unter Kontrolle der Zentralstelle zu erweitern.

Geh. Oberreg.-Rath Lohmann: Ich muß Sie um Ablehnung dieses Antrages ersuchen. Denn gerade durch diese Bestimmung des vorliegenden Antrages wird die Einheit und der einheitliche Charakter der Kasse gefährdet, Verwaltung, Kontrolle und Revision aber werden erheblich erschwert. Redner sucht dies durch Vorführung einiger Details zu erweisen.

Abg. Ebert: Wie weit die einzelnen Kassen von den Rechten, die unser Antrag ihnen einräumen will, Gebrauch machen wollen, hängt doch ganz von dem Ernehmen der Kassen ab, die doch stets am besten wissen müssen, was ihre Arbeiten fördert. Es heißt gewissermaßen, sich den Kopf dieser Kassen zerbrechen, wenn man die Ablehnung unseres Antrages mit dem Hinweise auf die Schwierigkeiten motiviert, welche den Kassen daraus entstehen könnten. Unser Antrag ist gestellt im Interesse der Kassen und deshalb für alle Parteien annehmbar.

Abg. Dr. Buhl will für die erste Hälfte des Hirsch'schen Antrages stimmen, falls eine getheilte Abstimmung über denselben vorgenommen werden würde. Über die zweite Hälfte des Antrages richtet Redner eine Erklärung der Regierung.

Geh. Ober-Regierungsrath Lohmann: Die Regierung kann auch mit dem zweiten Theile des Antrages sich nicht einverstanden erklären. Wenn die eingehenden Gelder bis zum Belaute einer durchschnittlichen Jahresausgabe nach der Bestimmung des Antrages verwahrt und angelegt werden sollen, so erscheint auch dies bedenkllich, da der Betrag ein zu hoher ist.

Abg. Löwe (Berlin): Dem zuletzt geäußerten Bedenken wären wir bereit event. in sofern entgegenkommen, als wir an der Bestimmung der durchschnittlichen Jahresausgabe nicht festhalten und uns event. zu einer anderen Feststellung bereit erklären.

Abg. Dr. Buhl beantragt in dem Antrage statt „bis zum Belaute einer durchschnittlichen Jahresausgabe zu verwahren und anzulegen“ zu setzen „bis zum Belaute der durchschnittlichen halben Jahresausgabe“.

Abg. Löwe: Namens der Antragsteller erläutre ich mich mit der vorgebrachten Änderung einverstanden.

§ 19a wird hierauf gemäß dem Antrage des Abg. Hirsch u. Gen. gegen die Stimmen der Rechten angenommen.

§ 19d, Biffer 3 lautet:

„Von jeder Änderung des Bezirkes der örtlichen Verwaltungsstelle und der Zusammenfügung ihrer Verwaltung hat diese der Aufsichtsbehörde ihres Sitzes Anzeige zu erstatten.“

Die Abg. Hirsch u. Gen. beantragen, statt „diese“ zu setzen „Der Vorstand der Kasse.“

Abg. Kaiser: Meine Partei beantragt die Streichung dieses Paragraphen, der uns überflüssig erscheint; für den § 19d spricht nur der Umstand, daß der Polizei hierdurch die Möglichkeit gegeben werden soll, sich in die Verhältnisse und Bestrebungen der Arbeiter einzumischen. Ich bitte Sie, um Annahme unseres Antrages und um Ablehnung des § 19d der der Vorredner der ganzen Vorlage ist.

§ 19d wird gemäß dem Antrage des Abg. Dr. Hirsch und Gen. angenommen.

Art. 9-11 werden ohne Diskussion genehmigt.

Abg. Dr. Hirsch u. Gen. beantragen in § 33, Absatz 1, hinter „Behörden“ zu setzen „in Gemeinden von mehr als 10 000 Einwohnern der Beaufsichtigung der Gemeindebehörden“ und in § 33 Absatz 2 die Worte „und Schriften“ zu ersetzen durch „und Rechnungen“.

Abg. Büchtemann beantragt folgenden Zusatz:

„Gegen die Androhung und Festsetzung von Geldstrafen bzw. Anwendung von Zwangsmitteln seitens des Aufsichtsbehörden steht den Kassenvorständen der Kassen zu; wegen des Verfahrens und der Behörden gelten die Vorschriften der §§ 20 und 21 der Reichs-Gewerbeordnung.“

Geh. Ober-Reg.-Rath Lohmann: Die Regierung kann unter den gegenwärtigen Verhältnissen diesen Vorschlag nicht zulassen. So lange die politischen und sozialen Agitationen in die freien Hilfskassen einzudringen drohen, muß es möglich sein, dieselben der Aufsicht der Polizeibehörden zu unterstellen, da allein die leitere die hinreichende Fühlung mit derartigen Bestrebungen haben und die Gemeindebehörden solchen Agitationen gegenüber doch nicht zur Aufsicht geeignet sind. Eine Einsicht in die amtlichen Schriftstücke der Kasse ist unentbehrlich; die Privat-Korrespondenz der Geschäftsführer fällt doch nach dem ganzen Sinne dieser Bestimmungen nicht unter die Bezeichnung „Schriften“.

Abg. Kaiser: Ich bedaure, daß in einer wirtschaftlichen Vorlage von der Regierung politische, d. h. hier polizeiliche Bestimmungen hineingebracht werden. Bei den Gemeindebehörden können die Kassen weit eher Verlückichtigung erwarten, als wenn die Polizei die Beaufsichtigung erhält. Die Herren auf der Lauten mögen doch bedenken, welche Gefahr in Absatz 2 dieses Paragraphen liegt. Der Herr Regierungskommissar hat zwar erklärt, daß die Korrespondenz der Geschäftsführer nicht zu den „Schriften“ zählen soll — aber schwerlich wird ein Kriminalpolizist bei einer Ausforschung an diese Unterscheidung denken. Es wird doch nicht zu vermeiden sein, daß oft auch Sozialdemokraten an der Spitze dieser Kassen stehen, daß liegt doch in der Natur der Kassen selbst — und wo dies ist, wird die Polizei auf Grund des § 33 sich beständig einzumengen und die Entwicklung der Kassen binden. Wir beantragen daher, den Absatz des § 33 zu streichen. Geschieht dies nicht, so werden die Arbeiter Deutschlands in diesem Gesetz nicht einen Ausfluss der Fürsorge, sondern der Kriminalpolizei sehen.“

Abg. Dr. Gutfleisch: Es ist äußerst bedenkllich, diese Vorlage mit politischen Motiven zu verquicken und gerade nach der Motivierung des Regierungsvertreters ist es mir unmöglich, für diese Bestimmungen zu stimmen. Es darf den freien Hilfskassen eine solche exzessive Stellung gegenüber den anderen Kassen nicht gemacht werden, es kann und muß die Aufsichtsfrage geregelt werden im Sinne des § 84 des Kranfenversicherungsgesetzes. Ich bitte Sie daher um Annahme unserer Anträge.

Geh. Ober-Reg.-Rath Lohmann führt aus, daß die Regierung kein Misstrauen gegen die freien Kassen hege, daß sie im Gegenteil ihre Erhaltung wünsche. Gegenwärtig aber sei eben noch nicht möglich, in einer derartigen Vorlage nur wirtschaftliche Bestimmungen zu treffen. — Daß die Kassen in Berlin der Aufsicht des Polizeipräsidiums unterstellt sind, sei die Regel und keine Ausnahme.

Abg. Ebert: Es ist dies keineswegs eine gesetzliche Regel, sondern es ist dieses Verhältnis durch einen Ministerialerlaß herbeigeführt

Inserate 20 Pf. die feingeschärfte Postzettel oder deren Naam, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

wird namenlich abgestimmt.

Gegen den Absatz stimmen 91, dafür 72 Mitglieder; drei enthielten sich der Stimmabgabe.

Das Haus ist, da nur 166 Mitglieder anwesend sind, nicht beschlußfähig.

Präsident v. Levetzow setzt die nächste Sitzung auf Mittwoch 12 Uhr fest.

T.D.: Anträge von Mitgliedern des Hauses.

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

72. Sitzung.

Berlin, 22. April. Am Ministertische: Dr. Lucius, von Scholz.

Präsident v. Kölle eröffnet die Sitzung um 10 Uhr 20 Min.

Seit der Vertagung des Hauses ist der Abg. Frhr. v. Schorlemer-Behr gestorben; die Mitglieder des Hauses ehren sein Andenken durch Erheben von ihren Sitzen.

Das Haus tritt in die Tagesordnung ein und erledigt ohne Diskussion in dritter Lesung den Entwurf über die Aufhebung verschiedener baupolizeilicher Bestimmungen in Frankfurt a. M., die Novelle zu dem Gesetz über die Befugnisse der Strombauverwaltung gegenüber den Uferbesitzern an öffentlichen Flüssen und der Entwurf bezüglich die Auflösung der gemeinschaftlichen Kirchenfassen auf der Insel Alsen.

Es folgt die erste Berathung des Entwurfs betr. den weiteren Erwerb von Eisenbahnen für den Staat. (Berlin-Hannover Eisenbahn, Bremische Eisenbahnen, Oels-Gnesener Eisenbahn, Dölln-Blankenburger Eisenbahn).

Abg. v. Strombeck verlangt, daß die Amortisation der Prioritäten nur durch Gesetz erfolgen könne, und bittet in der kommissarischen Berathung auf diese Forderung zurückzufallen.

Abg. v. Wedell-Malchow: Namens meiner Partei beantrage ich die Beweisung dieser Vorlage an die Eisenbahnkommission. Die Forderung des Vorredners ist bereits in früheren Verhandlungen aufgestellt worden, die Majorität hat sich jedoch stets für Kündigung der Amortisationen durch die Regierung entschieden und auf diese Beschlüsse stützt sich auch die Fassung des § 5 der Vorlage.

Abg. Dr. Hammacher verzichtet in der Generaldebatte auf Einzelheiten einzugeben und bezeichnet den Standpunkt, den die Regierung in § 5 in Bezug auf die Amortisationen eingenommen, als einen Fortschritt gegenüber ihrem früheren Standpunkt.

Die Generaldebatte wird geschlossen und die Vorlage der Eisenbahnkommission zur Berathung überwiegen.

Auf Antrag des Abg. Dr. Hammacher verweist das Haus den Entwurf eines Nachtragssatzes (3381588 M.) zum Anlauf und zur Übernahme der genannten Bahnen) an die Budgetkommission.

Die Übersicht über die Verwaltung der fiskalischen Bergwerke, Hütten und Salinen im preußischen Staate während des Etatsjahrs 1882/83 wird entsprechend dem Antrage der Budgetkommission durch Kenntnahme für erledigt erklärt, nachdem

Abg. Dr. Thilenius an die Regierung die Bitte gerichtet, die Braunkohle, mit Rücksicht auf den Bergbau des Westerwaldes, beim Eisenbahnbetrieb Berücksichtigung angedeihen zu lassen.

Geh. Oberbergrath Freynd: Bei der Wichtigkeit des Kohlenbergbaus wird die Regierung nichts unterlassen, was zur Förderung des Bergbaus angezeigt erscheint. Das liegt schon im fiskalischen Interesse.

Es folgt die dritte Berathung des Entwurfs betr. den Betrieb des Hufeschlag-Gewerbes.

Abg. Mezner (Zentrum) beantragt, daß zur Erteilung des Prüfungszeugnisses auch die Innungen ermächtigt sein sollen. Die Handwerker seien mit großem Interesse auf diese Bestimmung; wird mein Antrag abgelehnt, so werden die Wähler wissen, was sie von dem Wohlwollen der Regierung und dieses Hauses für die Handwerker zu halten haben. (Widerpruch links).

Minister Dr. Lucius: Ich bitte Sie, den Antrag des Vorredners abzulehnen, und glaube, daß die Motivierung des Antrages Seitens des Antragstellers nicht geeignet ist, ihm Freunde zu erobern. Ich weise es zurück, daß in der Ablehnung des Antrages eine Feindseligkeit der Regierung gegen die Handwerker liegt. Das Gesetz wird gerade in der Vorlage der Regierung den Inn

Abg. v. Cuny: Der Antrag des Abg. v. Rauchhaupt bricht dem Antrage Mezner die Spize ab und ist eigentlich nichts Anderes als die Regierungsvorlage.

Abg. Mezner erklärt sich eventuell für den Zusatz des Abg. v. Rauchhaupt.

Abg. Dr. Schläger: Ich bitte Sie um Ablehnung beider Anträge, naddem die Regierung sich ausdrücklich bereit erklärt hat, qualifizierte Werkmeister zu den Prüfungen zu zulassen.

Abg. Dr. Windthorst: Dass Abg. Dr. Schläger die Regierungsvorlage so warm vertheidigt, zeigt, wie nahe seine Partei wieder der Regierung steht (Heiterkeit) — wenn die Aeußerung des Abg. Mezner bedeutet, dass er seinen Antrag zurückgezogen hat, so nehme ich ihn wieder auf.

Nach kurzer Diskussion wird der Antrag Mezner abgelehnt, der Antrag des Abg. v. Rauchhaupt angenommen.

Zu § 4 beantragt

Abg. Dr. Köhler der Regierung diskretionäre Vollmacht zu ertheilen, von den Prüfungsvochrisen zu dienen.

Abg. Dr. Windthorst fürchtet, dass diese Bestimmung missbraucht werden könnte.

Minister Dr. Bucius: Dem Antrage des Abg. Köhler kann ich nicht widerstreichen; die Regierung wird von dieser diskretionären Forderung einen beschränkten Gebrauch machen. Ich möchte nur bitten, dass man nicht Fragen in die Vorlagen hineinbringt, die die Sache erschweren. Der Zusatz zu § 2, den Sie soeben angenommen, ist etwas, dem die Regierung zustimmen kann, was aber wesentlich auch in der Vorlage bereits enthalten war. Ebenso kann ich der Erteilung diskretionärer Vollmachten hier nicht widersprechen — die Regierung wird davon loyalen Gebrauch machen. (Beifall)

Abg. Dr. Windthorst: Mein Widerspruch bedeutet kein Misstrauen gegen die Regierung, er richtet sich gar nicht einmal gegen eine Vorlage der Regierung. Das aber mit diskretionären Gewalten sehr wohl Missbrauch getrieben werden kann, habe ich doch in diesem Hause oft genug nachweisen müssen. Ich beantrage zu dem Antrage Köhler den Zusatz zu machen, dass die Dispensation nur erfolgen darf auf Antrag des betr. Kreisausschusses.

Abg. Köhler: Es handelt sich doch hier um eine ganz einfache Angelegenheit und ich kann nicht begreifen, weshalb und wie der Vorreiter bei dieser Frage auf den Kulturlampf kommen kann — das ist doch nur möglich bei allzu großer Vorliebe für dieses Thema.

Abg. Dr. Maujane: Ich bin überzeugt, dass die Regierung mit dieser diskretionären Gewalt keinen Missbrauch treiben wird. Ich denke aber: principiis obsta und deshalb werde ich für den Antrag des Abg. Dr. Windthorst stimmen.

Hierauf wird § 4 mit dem Zusatz des Abg. Köhler angenommen und ebenso der ganze Entwurf.

Der Bericht über die Bauausführungen und Beschaffungen der Eisenbahnverwaltung während der Zeit vom 1. Oktober 1882 bis dahin 1883 beantragt die Budgetkommission durch Kenntnisnahme zu erleben.

Das Haus beschließt demgemäß.

Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Nächste Sitzung: Donnerstag 10 Uhr.

Tagesordnung: Bericht über die Wahl des Abg. v. Lyneker, Antrag der Abg. Zelle und Straßmann auf Abänderung der Städteordnung, Antrag des Abg. Bachem auf Änderung der rheinischen Städteordnung etc.

Schluss 1 Uhr.

ber Refundirungs-Operation zu Grunde liegende Bestreben, die Eisenbahnen für den Staat theurer zu machen, die Regierung zu raschem Dazwischenreisen veranlaßt hat; es fehlt freilich auch nicht an einer Auffassung, wonach die Unternehmer der Refundirung der Halle-Sorau-Gubener Bahn gar nichts Anderes beabsichtigt hätten, als die Besorgniß vor späterer Erhöhung des Kaufpreises bei der Regierung hervorzurufen und dadurch ein rasches Verstaatlichungs-Anerbieten zu veranlassen. Jedenfalls sieht man, in wie manigfachen Formen die Spekulation auf den Rest der Verstaatlichungen sich geltend macht. Auch gewisse, bei einzelnen kleinen Privatbahnen beabsichtigte Statutenänderungen gehören in dieses Kapitel. Der im Bundesrat eingeführte Reichsgesetz-Entwurf wird die Regierung von diesen Preßions-Vorluden befreien.

Wie heute in Reichstagskreisen verlautete, ist Oberbürgermeister Miquel von Frankfurt a. M. hier eingetroffen und vom Reichskanzler Fürsten Bismarck empfangen worden.

Im Landtag macht sich, wie die „Nat. Ztg.“ sagt, immer mehr die Überzeugung geltend, daß die Steuergesetze in dieser Session unerledigt bleiben werden. Auch der Präsident des Abgeordnetenhauses ist der Ansicht, daß die übrigen Arbeiten in längstens 3 Wochen zu erleben sind, und also selbst, wenn das Herrenhaus einzelne Vorlagen noch einmal an das Abgeordnetenhaus würde zurückgelangen lassen, der Landtag lange vor Pfingsten geschlossen werden könnte. An die Möglichkeit der Vorlegung eines neuen kirchenpolitischen Gesetzes will Niemand im Abgeordnetenhaus glauben, war doch überall die Angabe verbreitet, daß von weiteren Verhandlungen mit der Kurie im Augenblick nicht die Rede sei.

Die Reichstagssession ist auf Donnerstag zu einer Sitzung berufen. Auf der Tagesordnung steht u. A. die Berathung der Vorbereitungen zur Grundsteinlegung. Wie es heißt, ist für diese Feier der 10. Mai, der Tag des Frankfurter Friedens, ins Auge gefasst.

Der nationalliberale Reichstagsabg. Blum (Heidelberg) hat dieser Tage in Mosbach, einem Städtchen seines Wahlkreises, einen Vortrag über die soziale Gesetzgebung gehalten und ist dabei auch über seine Stellung zur Frage der Getreidezölle interpellirt worden. Herr Blum nahm keinen Anstand, sich entschieden gegen diese Zölle zu erklären, im Widerspruch mit der Neustädter Rede des Herrn Miquel. Herr Blum war auf dem Neustädter Parteitag nicht anwesend.

In Emden hat der frühere nationalliberale Landtagsabgeordnete, Konsul B. Bröns, am 16. d. M. den Vorst des nationalliberalen Vereins niedergelegt und seinen Austritt aus der Partei erklärt, um sich den Deutsch-Freisinnigen anzuschließen. Mit ihm sind noch mehrere andere Mitglieder des Vorstandes, auch der Kassenführer, Herr A. Bröns, ausgeschieden.

Der „Hamburg. Correspondent“ versichert, 1) die Heidelberger Beschlüsse hätten vor dem Heidelberger Tage die Zustimmung der Berliner Parteiführer erhalten; 2) der demnächst stattfindende Berliner Parteitag werde die Aufführung einer neuen programmatigen Kündigung beschließen. Der Widerspruch zwischen beiden Mittheilungen liegt auf der Hand. Wenn die norddeutschen Parteigenossen die Heidelberger Beschlüsse billigen, bedarf es keines neuen Programms, sondern nur einer Beitrittsklärung. Eine „neue programmatische Kundgebung“ hätte nur dann einen Zweck, wenn wieder das Programm vom 29. Mai 1881 noch die Heidelberger Beschlüsse als dem zeitigen Bedürfnis entsprechend erachtet würden.

Der Abg. v. Schorlemmer-Alst verwahrt sich in einem an den „Westf. Merk.“ gerichteten Schreiben dagegen, daß er, wie vielfach behauptet worden, mit diesem klerikalen Blatte über die Zulässigkeit der Verlängerung des Sozialistengesetzes einverstanden sei. Er sagt:

Ich erkläre, daß meine Ansicht betrifft des Sozialistengesetzes, bez. dessen Verlängerung unverändert dieselbe blieb um ist, wie ich solche in meinen Reden und Abstimmungen früher dargethan habe, unter Hinweis auf die viel härteren Ausnahmegesetze, unter denen die Katholiken stehen, wo denn das Exportationsgesetz sogar gegen das ausdrückliche Votum des deutschen Reichstages aufrecht erhalten wird.

Wien, 22. April. Wiener Blätter beschäftigen sich viel mit einer angeblich bevorstehenden Dreikaiser-Zusammenkunft. So läuft sich das „N. W. Tagbl.“ aus Krakau schreiben:

Der Kaiser von Russland wird nach der in Moskau stattfindenden Großjährigkeitsfeier seines ältesten Sohnes mit demselben nach Warschau kommen und wird der russische Hof im Schlosse Lazienki Aufenthalt nehmen. In Warschau werden große Vorbereitungen getroffen, um die Anwesenheit der russischen Herrscherfamilie in der Hauptstadt des ehemaligen Polen in einem bedeutungsvollen Ereignisse zu gestalten. In Warschau dürfen auch die definitiven Vereinbarungen über eine Zusammenkunft der drei Kaiser stattfinden. Es wird von russischer Seite bedeutender Werth darauf gelegt, daß der Zar zur Entree gerade von Warschau aus geht.

Der Warschauer Besuch der Habsburgers soll übrigens auch, wie gerüchtweise verlautet, den Zweck haben, die Polen fest an Russland zu leiten. Kongresspolen soll zu einem eigenen „Zar“ erhoben und der junge Thronfolger demgemäß als „Krolewitsch“ ausgerufen werden und der Zar künftig in seinen Titel die Bezeichnung „Zar von Polen“ aufnehmen. . . .

Bekanntlich knüpfen sich an die bevorstehende Großjährigkeitsfeier des russischen Thronfolgers eine Menge von Gerüchten, welche noch alle nur in der Luft schwelen.

Kopenhagen, 22. April. Die Ernennung des bisherigen Gesandten in Petersburg, Kammerherrn v. Wind, zum Gesandten Dänemarks in Berlin, ist nunmehr erfolgt. Zum Nachfolger desselben in Petersburg ist, wie es heißt, der Gesandte in Wien, General Kjaer, bestellt.

Paris, 21. April. Der „Figaro“ bringt schon einen telegraphischen Bericht über die Einnahme von Shendy und das entsetzliche Massacre; der Bericht ist jedoch bis jetzt noch nicht bestätigt.

London, 22. April. Dem „Standard“ zufolge wäre die Zustimmung fast aller Großmächte zu der wegen der ägyptischen

Finanzen abzuholgenden Konferenz bereits eingegangen. Ein Telegramm des „Standard“ aus Kairo meldet aus angeblich bester Quelle, es sei beschlossen, die größte bei der ägyptischen Armee verfügbare Streitmacht binnen längstens 6 Wochen nach Chartum zu senden. General Gordon habe in einem Telegramm an den Generalkonsul Baring sich höchst entrüstet ausgesprochen über die Art, in welcher er von der englischen Regierung preisgegeben worden sei; derselbe sei entschlossen, sich gänzlich loszusagen von denen, die ihn verlassen hätten und die Schuld trügen an den im Sudan verloren gehenden Menschenleben.

Kairo, 21. April. Mit dem Generalkonsul Baring ist auch General Graham nach Alexandria gereist, um sich nach London zu begeben; wie es heißt, würde Generalkonsul Baring nicht hierher zurückkehren, General Graham aber Anfang Juli wieder hier eintreffen. In einer von den auswärtigen Generalkonsuln hier abgehaltenen Konferenz wurde beschlossen, den Konseilpräsidenten Nubar Pascha um strikte Handhabung der Daurantane vorschriften zu erfordern, Generalkonsul Baring trat dem Beschlusse gleichfalls bei, empfahl gleichzeitig aber, jedes überreilte Vorgehen zu vermeiden.

III. Kongress für innere Medizin.

I.

Berlin, 22. April. Gestern Vormittag 10 Uhr begannen die Verhandlungen des medizinischen Kongresses unter dem Vorsitz des Westf. Gebl. Medizinalrathes Professor v. Freyrichs im großen Saale des Architektenhauses; als Vertreter der Regierung wohnten der Sitzung Staatsminister v. Bötticher, Unterstaatssekretär Lucas und Geheimrat Althof (Kultusministerium) bei. Von den in der sehr zahlreich besuchten Versammlung anwesenden wissenschaftlichen Autoritäten sind zu erwähnen: Leyden und Westfalen-Bonn, Rübel-Bonn, Rosenthal und Leube-Erlangen, Jürgensen und Liebermeister-Tübingen, Jaffé-Königsberg, Rothnagel-Wien, Heidenhain-Breslau, Rosenthal-Breslau, Göly-Strasburg u. v. Auf Vorschlag des Vorsitzenden wurden Leyden Berlin, Rübel-Bonn und Rothnagel-Wien zu stellvertretenden Präsidenten bestimmt. In seiner einleitenden Ansprache betonte v. Freyrichs die Bedeutung der Kongresse für innere Medizin, wie solche durch die beiden früheren Kongresse dargethan sei. Er erinnerte an die inhaltsreichen und sachfördernden Verhandlungen über Tuberkulose, Diphtherie und die so zu sagen seit Jahrhunderten ohne befriedigenden Abschluß erörterte Frage der abortiven Behandlung der Infektionskrankheiten — wie solche den Hauptinhalt des vorigen Kongresses ausgemacht haben, und bemerkte, daß die bedeutungsvollen Themen des diesjährigen: Lungenentzündung, Entzündung der grauen Substanz des Rückenmarkes und die von der Innervation abhängigen Verdauungsstörungen demselben eine nicht mindere Wichtigkeit verschaffen dürften.

Der erste Gegenstand der Tagesordnung betraf die genuine Pneumonie (Lungenentzündung). Der Referent, Bürgermeister Tübingen, erinnerte daran, daß man vor noch nicht allzu langer Zeit die Lungentzündung für vielleicht die bestudierte aller Krankheiten gehalten, unter Kenntniß über dieselbe für im Großen und Ganzen abgeschlossen gehalten habe. Jetzt wisse man im Gegenteil, was wichtig sei, gerade diese Krankheit nochmals von Grund auf zu durchforsten, weil namentlich durch die Entdeckung des Pneumonie-Mikrofokus die Sache in ein ganz neues Stadium gerückt sei. Nach heutiger, nahezu allgemein acceptirter Ansicht sei die Lungenentzündung ein Allgemeinleiden, entstanden durch Infektion mit einem spezifischen Gifträger, welches sich allerdings häufig in der Lunge lokalisiert. Dass etwa zwanzig Prozent der Erkrankungen durch Erfaltung entstanden seien, berechtige wahrscheinlich noch nicht zu dem Schlusse, daß jenes spezifische Gif hier nicht thätig gewesen sei. Direkte Übertragung der Krankheit von einem Menschen auf den andern erscheine wohl möglich; man dürfe deshalb aber noch nicht von einer im gewöhnlichen Sinne ansteckenden Krankheit sprechen. Die Abhängigkeit der Erkrankungen von den meteorologischen Niederschlägen weise darauf hin, daß das Wachsthum des Mikrofokus wesentlich durch die Feuchtigkeit beeinflußt werde; die Wahrnehmungen über Erkrankung an Pneumonie lassen diese Krankheit als durch die Lokalität, den Boden, bedingt erscheinen und so möge denn relative Nähe des Bodens das Auftreten des Spaltpilzes behindern, relative Trockenheit sie fördern. Jedenfalls nehme die Wohnungsbygiene gegenüber den Beobachtungen über den oft sehr innigen Zusammenhang der Krankheit mit der Lokalität eine bisher ungeahnte Wichtigkeit in Anspruch und um so mehr, als die Pneumonie nächst Tuberkulose und Typhus wohl die meisten Opfer verlangt und zwar in fast 1 der Fälle (1/2 betreffen das Alter von weniger als 15 Jahren; die mittleren Altersstufen geben fast frei aus) aus einem Lebensalter, in welchem sich die höchsten geistigen Leistungen des Menschen zu konzentrieren pflegen (das Alter über 45 Jahre — Redner erinnert an Cavour und Victor Emanuel). Was die Abweichungen in dem klinischen Bilde der einzelnen Pneumoniefälle betreffe, wie sie zur Annahme verschiedener Entstehungsursachen, bezw. verschiedene Infektsträger Anlaß gegeben hätten, so erläuterten sich diese wohl hinreichend aus der individuellen Disposition, der multiplen Lokalisation des Gifses und der discontinuierlichen Entwicklung des selben im Körper. Die Behandlung der Krankheit mittels Iod habe sich nicht bewährt und es könne fraglich sein, ob man überhaupt behandeln solle; jedenfalls empfiehlt sich eine auf Schonung des Herzens gerichtete prophylaktische Behandlung, da die leichte Ursache der Lebensgefahr in der Beeinträchtigung der Funktionen des Herzens zu beobachten sei zu verwerfen.

Der Korreferent, Fränkel-Berlin, ging spezieller auf den bakteriellen Träger der Krankheit ein. Redners eigene Untersuchungen haben einige von den Friedländer'schen abweichende Resultate geliefert, in erster Linie dasjenige, daß die Virulenz des Mikrofokus abhängig ist von der Abstammung derselben. Während Friedländer Reinkulturen des Pneumoniekolus auf Kaninchen verimpft, diese nicht stark gemacht hätten, sei er (Redner) nach dieser Richtung je nachdem der Impfstoß von einer anderen Leiche herührt, zu ganz verschiedenen Ergebnissen gelangt. In einem Falle seien die Kaninchen unter den Zeichen schwerer Pleuritis zu Grunde gegangen, in einem zweiten nach einem Fieberstadium genesen, in einem dritten ganz gesund geblieben. Auch in Bezug auf das von Friedländer konstitutierte eigentümliche Oberflächenwachsthum des Pilzes, die von diesem sogenannte „Nagelfultur“, sei er zu der abweichenden Ansicht gelangt, daß dies Wachsthum nicht ein Kriterium des Pneumoniekolus, sondern auch bei anderen Spaltpilzen durch Anwendung geeigneter Nährböden zu erzielen sei, in so fern es lediglich den Ausdruck einer besonderen Wachstumsenergie bilde. Der gallertartige Hof, die „Kapsel“ des Pneumoniekolus habe er nicht in allen Fällen beobachtet können; dagegen sei er dieser Kapsel auch bei einem in der Mundhöhle des normalen Menschen vegetirenden Spaltpilze, welcher auf Kaninchen verimpft, eine Art Septicämie erzeugt. Nebenbei besteht eine auffallende Ähnlichkeit dieses Spumekolus mit dem Kolitus der Pneumonie.

In der Diskussion erörterte zunächst Friedländer-Berlin seinen Standpunkt, die Einheit des Gifträgers bei den verschiedenen Formen der Pneumonie scheine ihm noch nicht völlig gestichert. Ganz charakteristisch sei der Gegensatz zwischen Tuberkulose-Pilz und Pneumonie-Pilz. Während ersterer sehr langsam wächst, ebenso langsam

auch wieder absterbe, dabei Sporen zurücklassend, welche unter geeigneten Umständen wieder Ausbrüche von Tuberkulose herbeiführen können, wachse der Pneumonie-Pilz im Körper sehr rasch, bedinge den typischen akuten Verlauf der Krankheit und gehe dann event. rasch wieder zu Grunde, ohne etwas zurückzulassen, was neue Erkrankungen zu erzeugen vermöchte. Hauptaufgabe der Forschung werde nun sein, die Bedingungen festzustellen, von denen Gedanken und Vergehen des Pilzes abhänge, um demgemäß dann gegen denselben einzuschreiten zu können.

Der weitere Verlauf der Diskussion charakterisierte sich im Allgemeinen durch das Bestreben namentlich der älteren Kliniker, von den früheren Anschauungen über Entstehung der Lungenerkrankung so viel als möglich zu retten. Man mache geltend, daß die Erfaltung doch als Erklärung nicht ganz fallen könne. Wenn z. B. jemand fünf Stunden im Schlitzen gegen den Wind gefahren sei und dann noch seligen Abends an Lungenerkrankung erkrante, so sei doch die Erklärung durch Erfaltung gar nicht abzuweisen (Rühl e. Bonn). Neben dem Pilze sei jedenfalls noch der geeignete Boden im Körper Vorbedingung der Erkrankung. Oberstabsarzt Fränzel Berlin führte Fälle aus der militärärztlichen Praxis an, aus welchen er das Vorhandensein des Ansteckungsstoffes in der Luft behaupten zu sollen meinte. Rosenstein Leyden sprach sich für Verschiedenheit des Giftes aus auf Grund der Verschiedenheit der Pneumoniformen. Was die Behandlung betrifft, so sei diese nach Ansicht der meisten Redner, da ein Spezialismus gegen die Krankheit fehle, auf Bekämpfung der Symptome beschränkt, also je nach Umständen eine antiseptische (Cbinin, Rezin, kaltes Wasser), eine stimulierende bei Herzschwäche (alcoholische Getränke), eine tonische bei Anämie (Eisen). Der Alkohol finde, da gewöhnlich Schwächezustände vorhanden, reichliche Verwendung und würde als Soarmittel. Die Komplikationen der Krankheit könnten sehr wohl als Wirkungen des Virus auf verschiedene Organe aufgefaßt werden (Gerbardt Würzburg). In seinem Schlussschluß sprach sich für Verschiedenheit des Beobachtungsergebnisses das Bestreben, daß die Verschiedenheit der Beobachtungsergebnisse ganz wohl als durch die Verschiedenheit des Beobachtungsmaterials bedingt erklären lasse. Das als Einwand gegen die parasitäre Entstehung angeführte sogen. sekundäre Pneumonie sei oft gar keine wirkliche Pneumonie, trete überdies nur bei schwachen Individuen auf, wie denn überhaupt die Krankheit nicht, früherer Ansicht gemäß, vorausweise starke, sondern im Gegenteil schwache Personen heimsuche. Der Korreferent Fränzel erwähnte noch mit Rücksicht auf die Einheitsfrage, daß der Infektionsstoff vermutlich immer dieselbe Mikroorganismus, aber in verschiedenen Graden der Virulenz sei. Den Schluß der Verhandlungen des ersten Sitzungstages bildeten Vorträge von Rosenthal Erlangen über Pestseide und von Pfeiffer Weimar über Vaccination.

Vocales und Provinzielles.

Posen, 23. April.

[Zur Gründung des konservativen Provinzial-Vereins.] Mit Bezug auf die Meldung des Wolff'schen Telegraphen-Bureaus, daß die am 19. d. M. hier stattgefundenen Versammlungen, die Gründung eines deutschen Zentralvereins der vereinigten Konservativen der Provinz Posen und ein gemeinsames Vorgehen bei den Reichstags- und Landtagswahlen mit entgegenkommender Haltung gegen die National-Liberale — beschlossen habe, wird der „Fr. Dz.“ von befreiter Seite geschrieben:

Diese Nachricht ist ungenau. Es hatten sich am 19. April zu beiden Beratungsmannen der verschiedenen konservativen Partei-Schaffungen zusammengefunden, um darüber zu beschließen, ob mit einer Vereinigung sämtlicher Konservativen der Provinz — vorzugsweise zum Zwecke gemeinsamen Vorgehens bei den Reichstags- und Landtagswahlen und Unterstützung der konservativen Provinzialpresse — vorzugeben sei. Diese Frage wurde von der Versammlung einstimmig bejaht und ein entsprechendes Vereinssatzt angenommen. Die Haltung der vereinigten Konservativen der Provinz den Nationalliberalen gegenüber gelangte nicht zur Beschlusssfassung. Richtig ist, daß ein hervorragender Redner freundliches Verhalten den Nationalliberalen der Provinz gegenüber beiläufig empfahl; eine Diskussion über diese Frage hat nicht stattgefunden. Darüber aber, daß bei politischen Wahlen der nationalliberalen Gesichtspunkt allen anderen voranzustellen sei, war man einig.

Auch in der uns zugegangenen Mitteilung über die fragliche Versammlung war von dem erwähnten Beschuß betreffs der Nationalliberalen nicht die Rede. Im Übrigen legen wir der Sache keinerlei Bedeutung bei. Es ist ja erinnerlich, was sich hier zur Zeit des liberalen Wahlvereins alles „national-liberal“ genannt hat.

— Orden. Dem Grafen Vladimir von Skorzenowski aus Ternjewo ist die Erlaubnis zum Tragen des Malteserordens erteilt worden.

— Telegraphen-Betriebsstelle. In Heyersdorf (Kreis Fraustadt) wird am 24. d. Mts. eine mit der kaiserlichen Orts-Postanstalt ver einzige Telegraphen-Betriebsstelle mit beschränktem Tagesdienst eröffnet werden.

Vermissches.

Wien, 22. April. [Hinrichtung.] Um 7 Uhr fand im sogenannten Leichenhofe des Landgerichtsgebäudes die Hinrichtung Schlossarell's und Hugo Schenkl's statt. Beide zeigten sich sehr gefaßt. Während Schlossarell sich seines Überrocks entledigte, sagte er laut: „O Gott, verzeih' mir meine Sünden! Auch Sie, meine Herren, verzeihen Sie mir alle meine Sünden! Fluchtet mir nicht, Ihr Christen, Amen!“ Der Scharfrichter und seine Gehilfen vollzogen die Hinrichtung idem, nach acht Minuten trat der Tod ein. Nun wurde Schenkl vorgeschnitten, jedoch so, daß er den Leichnam Schlossarells am Galgen nicht sehen konnte. Schenkl lächelte, verbeugte sich vor den Richtern und sagte zu dem Priester: „Ich habe den Tod verdient; bitte grüßen Sie meine Frau!“ Letzteres wiederholte er noch, als ihm der Scharfrichter schon die Schlinge umlegte. Drei Minuten später war er eine Leiche. Etwa hundert Personen wohnten der Hinrichtung bei.

Telegraphische Nachrichten.

Niels, 22. April. Der Chef der Admiralität, General-Lieutenant v. Caprivi, ist heute Vormittag hier eingetroffen. Das Übungsgeschwader ist mit dem heutigen Tage in Dienst gestellt.

Braunschweig, 22. April. Der Herzog ist nach Sibyllenort abgereist.

Wien, 22. April. Gestern fand in den Alexander-Zimmern der Hofburg ein Galadiner statt, an welchem Erzherzog Albrecht, der deutsche Botschafter Prinz Reuß nebst den Mitgliedern der deutschen Botschaft, der Kriegsminister Graf Bylandt-Rheydt und die Deputation des ostpreußischen Grenadier-Regiments Nr. 3 Theil nahmen.

Paris, 22. April. Die Delegirten des Transvaalstaates mit dem Präsidenten Krüger sind heute hier eingetroffen. Die-

selben werden morgen von dem Ministerpräsidenten Ferry empfangen werden. — „Temps“ glaubt, daß Frankreich der Übernahme einer Garantie für die egyptische Schulden von Seiten Englands schwerlich zustimmen dürfte, weil dies nur ein vorbereitender Schritt für die Annexion Egyptens sein würde.

Rom, 21. April. In der Deputirtenkammer erwiederte der Ministerpräsident Dreyfus auf eine bezügliche Interpellation, daß in Betreff der Provinzen aus Calcutta, wo die Cholera herrsche, bereits Vorsorge getroffen sei.

Rom, 21. April. Die Konventionen, betreffend den Betrieb des Mittelmeer-Neges der italienischen Eisenbahnen sind heute unterzeichnet worden.

Turin, 22. April. Die Herzogin von Genua ist gestern Nachmittag von einem Prinzen entbunden worden.

London, 22. April. Im Unterhause wurde bei der Einzelberathung der Viehfuhrbill der Antrag der Regierung, die vom Oberhause beschloßene Änderungen des Artikel 1 zu verwerfen, mit 185 gegen 161 Stimmen abgelehnt. Der Minister des Ackerbaues, Dobson, beantragte, die weitere Berathung zu vertagen, damit die Regierung ihre Stellung in Betreff der Vorlage von Neuem erwäge. Der Deputierte Beach protestierte im Namen der Opposition gegen die Vertagung, weil die Regierung durch den Antrag andeute, daß sie die Vorlage fallen lassen wolle. Der Antrag auf Vertagung der Berathung wurde schließlich angenommen.

Petersburg, 23. April. Die Trauung des Großfürsten Konstantin Konstantinowitsch mit Elisabeth von Sachsen-Altenburg ist auf den 27. d. M. anberaumt, für den 28. ist eine Theaterfestvorstellung, für den 1. Mai eine Gratulationscour in Aussicht genommen.

Berantwortlicher Redakteur: G. Fontane in Posen.
Für den Inhalt der folgenden Mittheilungen und Inserate übernimmt die Redaktion keine Berantwortung.

Meteorologische Beobachtungen zu Posen im April.

Datum	Barometer auf 0 Gr. reduz. in mm. 82 m Seehöhe	Wind.	Wetter.	Temp. i. Gef. Grad.
22. Nachm.	750,4	NW schwach	trübe	+ 5,8
22. Abends.	751,7	NW mäßig	heiter	+ 4,2
23. Morgs.	751,1	NW schwach	bedeckt	+ 2,2
Am 22. Wärme-Maximum: + 6,7 Gef.				
- - -	- Wärme-Minimum: + 1,8			

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 22. April Morgens 1,40 Meter.
" " 22. Mittags 1,40
" " 23. Morgens 1,41

Telegraphische Börse-berichte.

Fonds-Course.

Frankfurt a. M., 22. April. (Schluß-Course.) Schwach. Lond. Wechsel 20,415. Pariser do. 81,13. Wiener do. 168,10. R. & R. S. A. — Rheinische do. — Hess. Ludwigsh. 109. R. & R. Pr. Anth. Bl. 94. Reichsanl. 103. Reichsbank 146. Darmst. 155. Meining. Bl. 94. Deut.-ung. Bank 71,90. Kreditaktien 269 Silberrente 68. Papierrente 66. Goldrente 85. Ung. Goldrente 76. 1860er Zoose 120. 1864er Zoose 310,50. Ung. Staatsl. 219,50. do. Ostb.-Obl. II. 99. Böhm. Westbahn 263. Elisabethb. — Nordwestbahn 154. Galizier 243. Franzosen 265. Lombarden 120. Italiener 94. 1877er Russen 94. 1890er Russen 77. II. Orientanl. 60. Bentz-Pacific 110. Diskonto-Kommandit — III. Orientanl. 60. Wiener Bankverein 92. 5% österreichische Papierrente 80. Buschtrader — Egypt 67. Gotthardbahn 103.

Türken 9. Edision — Elbend. Böhmer 164. Lotb. Eisenwerke — Marienburg-Mlawka — Alpine Prioritäten — Türkische loote —.

Nach Schluß der Börse: Kreditaktien 269. Franzosen 265. Gasziger 243. Lombarden 120. II. Orientanl. — III. Orientanl. — Sauerländer — Gotthardbahn — Spanier — Marienburg-Mlawka — 1860er Zoose — Tabaksaktien 116.

Wien, 22. April. (Schluß-Kurse.) Geschäftlos.

Papierrente 79,90. Silberrente 81,10. Dörf. Goldrente 100,75. 6-prozent. ungarische Goldrente 122,40. 4-prozent. ung. Goldrente 91,56. 5-prozent. ungar. Papierrente 88,45. 1854er Zoose 124,00. 1880er Zoose 137,00. 1864er Zoose 171,50. Kreditloose 177,00. ungar. Böhmien 115,80. Kreditaktien 320,10. Franzosen 315,60. Lombarden 143,25. Galizier 288,00. Rath. Oderb. 149,10. Pardubitzer 154,25. Nordwestbahn 184,25. Elisabethbahn 233,50. Nordbahn 254,00. Dörf. Goldrente —. Türkische Zoose —. Unionbank 108,80. Anglo-Austr. 119,60. Wiener Bankverein 110,00. Ungar. Kredit 318,50. Deutsche Plätze 59,45. Londoner Wechsel 121,45. Pariser do. 48,25. Amsterdamer do. 100,75. Navarons 9,64. Dukaten 5,72. Silber 100,00. Marknoten 59,47. Russische Banknoten 1,25. Lemberg-Gernowitz —. Kronpr. Rudolf 181,00. Franz-Josef —. Dur-Bodenbach —. Böh. Westb. —. Elbthalb. 193,00. Tramway 212,00. Buschtrader —. Dörf. 6prozent. Papier 88,45. Tabaksaktien 156,90.

Paris, 22. April. (Schluß-Course.) Fest.

3prozent. amortisir. Rente 78,12. 3 prozent. 77,05. 4 prozentige Rente 108,22. Italienische 5 prozent. Rente 94,40. Dörf. Goldrente 84,00. 6 prozent. ungar. Goldrente 102. 4 prozent. ungar. Goldrente 77. 5 prozent. Russen do. 1877 97. Franzosen 663,75. Lombard. Eisenbahn-Aktien 320,00. Lombard. Prioritäten 299,00. Türk. do. 1865 9,05. Türk. loote 47,50. III. Orientanleite —. Credit mobilier 340,00. Spanier neue 61. Suezkanal-Aktien 2065. Banque ottomane 676. Credit foncier 1325. Egypt 343,00. Banque de Paris 903. Banque d'escompte 530,00. Banque hypothecaire —. Lond. Wechsel 25,16. 5prozent. Rente 88,45. Tabaksaktien 577,50.

London, 22. April. Consols 102. Italienische 5prozentige Rente 93. Lombarden 128. 3prozent. Lombarden alte 11. 5prozent. do. neue —. 5prozent. Russen do. 1871 92. 5prozent. Russen do. 1872 91. 5prozent. Russen do. 1873 93. 5prozent. Türk. do. 1865 8. 4prozent. fundierte Amerik. 126. Dörf. Goldrente 67. do. Papierrente —. 4prozent. Ungarische Goldrente 76. Dörf. Goldrente 88. Spanier 61. Egypt 343,00. 5prozent. Russen 67. Ottom. Bank 16. Preuß. 4prozent. Consols 102. Fest.

Suez-Aktien 82. Silber —.

Wechselnotierungen: Deutsche Plätze 20,62. Wien 12,27. Paris 25,39. Petersburg 24.

Plakette 1,50 pfd.

Produkten-Kurse.

Königsberg, 22. April. (Getreidemarkt.) Weizen unverändert. Roggen fest, loco 121/122 pfd. 2000 pfd. Bollgew. 133,75.

per Mai-Juni 136,50. per Sept.-Oktbr. 135,00. Gerste unverändert. Hafer fest, loco inländischer 132,00. Weizen Erbien per 2000 pfd. Bollgewicht 155,50. Spiritus pr. 100 Liter 100 pfd. loco 49,75. per Frühjahr 49,75. per August 51,50. — Wetter: Feucht. Köln, 22. April. (Getreidemarkt.) Weizen hiesiger loco 17,75. fremder 18,75. per Mai 17,80. per Juli 17,70. per Nobr. 17,95. Roggen loco hiesiger 14,25. per Mai 13,90. per Juli 14,15. per Nobr. 14,35. Hafer loco 14,25. Rübel loco 30,50. per Mai 30,10. per Okt. 29,50.

Bremen, 22. April. Petroleum (Schlußbericht) niedriger. Standard white loco 7,70 Br. per Mai 7,75 Br. per Juni 7,85 Br. per Juli 7,95 Br. per Aug.-Dezbr. 8,20 bez. u. Br.

Hamburg, 22. April. (Getreidemarkt.) Weizen loco unverändert, auf Termine matt, per April-Mai 168,00 Br. 167,00 pfd. per Mai-Juni 169,00 Br. 168,00 pfd. Roggen loco unveränd. auf Termine matt, per April-Mai 128,00 Br. 127,00 pfd. per Mai-Juni 129,00 Br. 128,00 pfd. Hafer fest, unveränd. Rübel rubig, loco 58,50. per Mai 58,50. — Spiritus fest, per April 38 Br. per Mai-Juni 38 Br. per Mai-Juni-August 40 Br. per August-September 40 Br. — Kaffee rubig. Umtas 3000 Sac. Petroleum rubig, Standard white loco 7,80 Br. 7,75 Br. per April 7,70 Br. per August-Dezbr. 8,30 pfd.

Wien, 22. April. (Getreidemarkt.) Weizen per Frühjahr 9,57 pfd. 9,62 Br. per Mai-Juni 9,55 pfd. 9,60 Br. Roggen per Frühjahr 8,15 pfd. 8,20 Br. pr. Mai-Juni 8,13 pfd. 8,18 Br. Mais per Mai-Juni 6,65 pfd. 6,70 Br. per Juli-August 6,80 pfd. 6,85 Br. Hafer pr. Frühjahr 7,47 pfd. 7,52 Br. per Mai-Juni 7,47 pfd. 7,52 Br. — Brot: 22. April. (Produktenmarkt.) Weizen loco fest, per Frühjahr 9,32 pfd. 9,34 Br. per Herbst 9,58 pfd. 9,60 Br. Hafer per Mai-Juni 6,33 pfd. 6,35 Br. Rohrzaps per August-September 13 Br. 13 1/2 Br. — Wetter: Kühl.

Petersburg, 22. April. (Produktenmarkt.) Salz loco 70,00. per August 67,00. Weizen loco 12,25. Roggen loco 8,75. Hafer loco 4,90. Hansf. loco —. Leinsaat (9蒲) loco 15,75. — Wetter: Kalt.

London, 22. April. An der Küste angeboten 8 Weizenladungen. Wetter: Kalt.

London, 22. April. Havannazucker Nr. 12 17 1/2 nominell. — Centrifugal Kuba —.

Glasgow, 22. April. (Weitere Melbung.) Die Verschiffungen betragen in der vorigen Woche 9100 Tons gegen 14 900 Tons in derselben Woche des vorigen Jahres.

Manchester, 22. April. 12r Water Armitage 6 1/2. 12r Water Taylor 7 1/2. 20r Water Nichols 8 1/2. 30r Water Clayton 9 1/2. 32r Rock Townhead 9 1/2. 40r Mule Mayall 9 1/2. 40r Medio Wilkinson 11 1/2

